



GuntherKrichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax:030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten

Die schwarze Null steht!

Bundestag berät Haushalt 2014

Diese Sitzungswoche des Deutschen Bundestages stand ganz im Zeichen des ersten Haushaltsentwurfs der neuen Koalition. Die zentrale Botschaft lautet: Die unionsgeführte Bundesregierung unter der Führung von Angela Merkel schafft die Abkehr von der Politik der Schuldenfinanzierung, wie sie in den letzten vier Jahrzehnten betrieben wurde. Nach dem strukturellen Haushaltsausgleich in diesem Jahr soll der Bundeshaushalt 2015 sogar ganz ohne neue Schulden auskommen. Das gab es zuletzt 1969.

In der Debatte betonte die Bundeskanzlerin: „Das sind nicht einfach Zahlen, sondern das ist nicht mehr und nicht weniger als die Einlösung eines Versprechens an kommende Generationen, einmal mit dem auszukommen, was in die Steuerkassen hereinkommt, einmal nicht auf Kosten der Zukunft zu leben.“ Angela Merkel dankte Finanzminister Wolfgang Schäuble für seine Standhaftigkeit.

Diese Zäsur in der Haushaltspolitik sei zuallererst auch der Verdienst derjenigen, die den Wohlstand in Deutschland erarbeiteten, der Arbeitnehmer und Unternehmer. Vor einigen Jahren habe es schon einmal die Möglichkeit zu einem ausgeglichenen Haushalt gegeben, erinnerte Angela Merkel. Die Finanz- und Wirtschaftskrise habe jedoch zu einem dramatischen Rückgang des Wirtschaftswachstums geführt und diese Pläne zunichte gemacht. Die Voraussetzungen für das Erreichen eines ausgeglichenen Haushalts seien „alles andere als rosig“ gewesen. Darum sei es umso erfreulicher, dass das Ziel doch erreicht werden könne.

Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder erneuerte das Versprechen der Union, dass es in dieser Wahlperiode keine Steuererhöhungen geben werde. „Keine Steuererhöhungen – weder bei der Einkommensteuer noch bei der Vermögenssteuer

noch bei der Erbschaftsteuer“, sagte Kauder. Dies würde andernfalls die familiengeführten Unternehmen belasten, die für die gute wirtschaftliche Lage und die Arbeitsplätze in Deutschland wichtig seien. In der Diskussion über den Abbau der kalten Progression stellte Volker Kauder in Richtung Koalitionspartner klar: Die SPD habe seit langem eine Korrektur bei der Einkommensteuer verhindert. Ideen, den Abbau der kalten Progression mit Steuererhöhungen an anderer Stelle zu finanzieren, erteilte Kauder somit eine Absage: „Wer das will, muss seine Pläne gleich begraben.“

Wesentliche Kennziffern des Regierungsentwurfs

Im Jahr 2014 betragen die Ausgaben des Bundes 298,5 Milliarden Euro. Gegenüber dem Vorjahr sinken (!) sie also um 11,5 Milliarden Euro beziehungsweise 3,7 Prozent. Die Nettokreditaufnahme beläuft sich auf 6,5 Milliarden Euro. Das ist die niedrigste Neuverschuldung seit 40 Jahren. Strukturell, das heißt bereinigt um konjunkturelle Einflüsse und um rein finanzielle Transaktionen, weist der Bundeshaushalt 2014 eine schwarze Null aus.

Der Finanzplan bis 2018 sieht von 2015 bis 2018 für jedes Jahr einen Haushaltsausgleich ohne Neuverschuldung vor. Dies hat es seit 46 Jahren nicht mehr gegeben. Trotzdem steigert die Bundesregierung die Ausgaben für Investitionen. Gegenüber den letzten Planungen aus dem Sommer 2013 erhöhen sich die Investitionen auf 27 Milliarden Euro im Jahr 2018. Hinzu kommen deutlich höhere Ausgaben für die Bereiche Bildung (bis 2017 insgesamt zusätzliche sechs Milliarden Euro) und Forschung (bis 2017 zusätzliche drei Milliarden Euro). Darüber hinaus sind das Rentenpaket sowie zur Entlastung der Kommunen im Bereich der Eingliederungshilfe (2015 bis 2017 je eine Milliarde Euro, ab 2018 fünf Milliarden Euro) finanziert.

Umfassende Leistungsverbesserung bei der Pflegeversicherung

Wir Deutschen leben immer länger. Deshalb steigt die Zahl derer, die im Alter auf Unterstützung angewiesen sind. Für sie reichen die Leistungen der Pflegeversicherungen nicht mehr aus, deshalb werden wir in dieser Legislaturperiode in zwei Schritten die Pflegeversicherung den neuen Herausforderungen anpassen. Im ersten Schritt wird der Schlüssel für Betreuungskräfte in Pflegeheimen von 1 zu 24 pro Pflegebedürftigem auf 1 zu 20 gesenkt. Zudem werden die Leistungsbeiträge um 4%, also um rund 890 Mio. Euro jährlich dynamisiert. Pflegenden Angehörige leisten jeden Tag Unglaubliches. Deshalb unterstützen wir sie mit einer Reihe von Maßnahmen wie etwa der Flexibilisierung der Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie mit erhöhten Zuschüssen für wohnumfeldverbessernde Maßnahmen. Zugleich startet ein bundesweiter Versuch für ein neues Beurteilungssystem für die Pflegebedürftigkeit.

Eines ist aber auch klar: Leistungsverbesserungen sind ohne Beitragssteigerungen nicht möglich. Daher müssen die Beiträge in zwei Stufen um insgesamt 0,5% angehoben werden. In einer ersten Stufe wird der Beitragssatz zum 1.1.2015 um 0,3% erhöht. Hiervon fließen 0,1% oder 1,2 Mrd. Euro in einen Pflegevorsorgefonds, der von der Bundesbank verwaltet werden wird. In diesen Fonds wird in den nächsten 20 Jahren eingezahlt, um dann, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in das Pflegealter kommen, die Beiträge stabil zu halten. Die zweite Stufe der Beitragserhöhung folgt dann 2017. Mit diesem Gesamtpaket werden wir die größte Pflegereform in der Geschichte der Pflegeversicherung umsetzen und weitgehende Verbesserungen für Pflegebedürftige, Pflegepersonal und pflegende Angehörige schaffen.

Militärische Absicherung der Vernichtung der syrischen Chemiewaffen ist wichtig!

Der Bundestag hat heute mit großer Mehrheit beschlossen, die geplante Vernichtung der syrischen Chemiewaffen an Bord eines amerikanischen Spezialschiffs im Mittelmeer militärisch abzusichern. Durch den Einsatz von Chemiewaffen hat das Assad-Regime in Syrien unzähli-

ge Menschen getötet und verletzt. Die Vernichtung dieser Waffen ist daher ein wichtiger Schritt, die Gewalt in Syrien zu beenden. Die Vernichtung erfolgt im Auftrag des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen. Da Angriffe auf das Spezialschiff nicht ausgeschlossen werden können, ist eine militärische Absicherung notwendig, zu der nun auch Deutschland einen Beitrag leisten wird. Vollkommen unverständlich ist die Ablehnung dieses Bundeswehreinsetzes durch einen großen Teil der Linkspartei, denn die Vernichtung der Waffen schützt die Menschen in Syrien.

Endlager-Kommission gegründet

Die Frage nach der möglichst sicheren Lagerung hoch radioaktiver Abfälle hat Deutschland jahrzehntelang bewegt. Die Suche nach einem geeigneten Standort wird jetzt erstmals in einem breiten gesellschaftlichen Konsens angegangen. Das Gesetz sieht vor, dass vor dem Start des eigentlichen Standortauswahlverfahrens eine unabhängige 33-köpfige Kommission eingerichtet wird. In ihr wirken Mitglieder aus Bundestag und Bundesrat auch Wissenschaftler, Vertreter aus Umweltverbänden, Religionsgemeinschaften, Wirtschaft und Gewerkschaften mit. Die Kommission wird am Ende ihrer circa zweijährigen Arbeit einen Bericht vorlegen, in dem sie die für das Standortauswahlverfahren relevanten Grundsatzfragen der Entsorgung hoch radioaktiver Abfallstoffe untersucht und bewertet und Handlungsempfehlungen für Bundestag und Bundesrat erarbeitet. Bedauerlich ist, dass die Umweltverbände bislang noch keine Vertreter in die Kommission entsandt haben. Es bleibt zu hoffen, dass die Verbände die Chancen der Arbeit in der Kommission erkennen, Verantwortung übernehmen und zwei Mitglieder benennen.

Exportwirtschaft nicht von Russland abhängig

Zwar ist Russland für Deutschland ein wichtiger Handelspartner, bezogen auf die weltweiten Geschäftsbeziehungen der deutschen Exportwirtschaft ist die Verflechtung mit Russland jedoch überschaubar. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts führen rund zehn Prozent der exportierenden Unternehmen Waren nach Russland aus. Für etwa 73 Prozent dieser Unternehmen machen die Exporte nach Russland maximal ein Viertel ihrer gesamten Exporte aus.